



Presseinformation

28.06.2010
Seite 1 von 8

Staatskanzlei
Pressestelle
40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134 oder 1405
Telefax 0211 837-1144

presse@stk.nrw.de
www.nrw.de

Rede
von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
anlässlich der Eröffnung des 22. Medienforums
am Montag, 28. Juni 2010 um 10.00 Uhr,
Kölnmesse/Rheinparkhalle
in Köln

**„Die Zukunft des Internets und
die politischen Herausforderungen“**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Im Jahr 2002 wurden nach einer Berechnung der Universität Berkeley auf allen bekannten Datenträgern weltweit schätzungsweise fünf Exabyte Informationen gespeichert.

Was sind fünf Exabyte?

Das entspricht der unvorstellbaren Zahl aller jemals von Menschen auf der Welt gesprochenen Worte.

2010 wird es eine neue Studie geben.

Was da herauskommt, vermag man sich gar nicht auszudenken.

Sicher ist: Wir sind dadurch in eine neue Ära eingetreten.

Das Netz vermittelt keine Wirklichkeit mehr.

Es ist Teil der Wirklichkeit geworden.

Zehnjährige stellen heute Fragen wie diese:

Wie sind die Leute ins Internet gekommen, als es noch keine Computer gab?

Facebook war vor wenigen Jahren noch ein kleines Kontaktnetzwerk von ein paar Harvard-Studenten.

Heute hat Facebook knapp 500 Millionen Nutzer – so viele wie die Einwohner der EU.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit war es möglich, in so kurzer Zeit so viel Wissen abzurufen.

Die Utopie der Aufklärung, des „Wissens für alle“ scheint wahr geworden zu sein.

Das „Web 2.0“ hat zu jenem „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ geführt, von dem der Philosoph Jürgen Habermas einst sprach.

Die Hierarchien lösen sich auf.

Jeder ist Teil einer weltumspannenden Öffentlichkeit.

Die dadurch entstehende Transparenz schränkt den Missbrauch von Macht und Herrschaftswissen ein.

Sie stärkt demokratische Strukturen.

In vielen Teilen der Welt unterlaufen Studenten mit ihrem Internet-Zugang staatliche Zensur und Propaganda.

Oder sie mobilisieren durch die Veröffentlichung von gewaltsamen Übergriffen die Weltöffentlichkeit.

Es gibt auch Schattenseiten.

Jede technische Revolution schafft neue Freiheiten, aber auch neue Abhängigkeiten, neue Unfreiheiten.

Wir werden abhängiger von hochkomplexen Systemen.

Das heißt, wir machen uns selbst abhängiger.

Wir werden stärker manipuliert durch Rechnerprogramme, die unsere Vorlieben, unser Kaufverhalten, unsere ganze Lebensweise immer genauer erfassen.

Was folgt daraus?

Wir stehen vor drei Herausforderungen:

Erstens: Wie viel Steuerung und rechtliche Regulierung brauchen wir? Nicht um Freiheit einzuschränken, sondern um Freiheit zu sichern.

Zweitens: Wie gelingt es uns bildungspolitisch, alle Kinder und Jugendlichen für die Wissensgesellschaft vorzubereiten.

Drittens: Wie können wir die Wachstumschancen der digitalen Revolution nutzen?

Lassen Sie mich dazu drei Thesen formulieren.

Wir brauchen klare Regeln für das Netz

These 1: Wir brauchen klare Regeln im Netz – nicht um Freiheit zu beschneiden, sondern um Freiheit zu sichern.

Entscheidend ist, dass die Werte unserer freiheitlichen Grundordnung nicht in Frage gestellt werden.

Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gilt auch im Internet

Es darf nicht gefährdet werden.

Jede Einschränkung führt zu Protesten.

Das zeigt die Piratenpartei.

Richtig ist: Wir brauchen so viel Selbstbestimmung und Eigenverantwortung wie irgend möglich.

Es kann auch nicht sein, dass wir wegen des Internets unsere Rechtsordnung neu erfinden.

Oder dass wir auf jedes neue Phänomen im Internet gleich wieder mit einem neuen Gesetz reagieren.

Überregulierung ist noch nie gut gewesen.

Die Entwicklung des Internets muss offen bleiben.

Aber es muss auch Regeln geben, zumal wenn elementare Standards des sozialen Miteinanders in Gefahr geraten.

Regeln können zurzeit nur der Nationalstaat oder Staatsgemeinschaften wie die EU sichern.

Es ist jedenfalls ein Irrglaube zu meinen, komplexe Systeme könnten auf Regeln verzichten.

Denn sie erzeugen sonst schnell eigene Regeln – Regeln, die nicht demokratisch bestimmt sind.

Die Finanzkrise hat uns das gerade vor Augen geführt.

Es kann also nicht sein, dass im Internet alles erlaubt ist.

Vor allem Kinder und Jugendliche müssen wirksam vor Gefährdung geschützt werden.

Das Beispiel Kinderpornografie zeigt, dass das Prinzip „löschen“ vor „sperren“ gelten muss.

Es ist gut, dass das Bundeskriminalamt das jetzt in Angriff nimmt.

Auch der Jugendmedienschutz muss verstärkt werden.

Es ist gut, dass die Länder mit der geplanten Novellierung des Staatsvertrages zum Jugendmedienschutz den Anbietern jetzt mehr Instrumente an die Hand gegeben haben.

Wir haben auch die Regeln für elektronische Spiele verbessert: Gleichgültig, ob ein Spiel im Laden oder online gekauft wird: Es gelten dieselben Alterskennzeichen.

Wir müssen zweitens grundlegende Persönlichkeitsrechte schützen – mit besseren gesetzlichen Kontrollmöglichkeiten.

Das gilt sowohl für Nutzer wie für Anbieter.

Anbieter müssen haftbar gemacht werden können, wenn sie ihre Angebote nicht ausreichend gegen schädigende Programme und Computerviren absichern.

Freiheit braucht Verantwortung, will heißen: Persönliche Haftung.

Wir müssen auch unsere Privatsphäre stärker schützen.

Es wird bald möglich sein, über Suchmaschinen semantische Verknüpfungen zu recherchieren.

Wenn Suchmaschinen auch Gesichter und Namen zuordnen können, führt das zum Verlust der Privatsphäre.

Dann reicht ein Suchauftrag und schon steht ein ganzes Leben für jeden abrufbar vor Augen.

Vor potentiell Millionen Menschen, auf Dauer.

Die Kontrolle über die eigenen Daten droht vollends verloren zu gehen.

Aber eine freie Gesellschaft steht und fällt mit dem Schutz der Persönlichkeitsrechte.

Es darf auch keine völlige Anonymität im Netz geben.

Wer Daten einstellt, muss selbst steuern können, was damit passiert, wie lange sie eingestellt werden wie sie verändert und verschlüsselt werden können.

Die Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen und Unterlassungen muss dann auch verbessert werden.

Es muss ein Recht auf Entfernung von Daten und ein Recht auf Gegendarstellung geben.

Für bestimmte Onlinedienste muss es eine staatliche Zulassung geben, wenn ein Mangel an Kontrolle für die Bürger erhebliche Gefahren mit sich bringen kann – etwa bei Geldgeschäften oder beim Handel mit Medikamenten.

Und noch etwas: Die Kriminalität im Netz hat in den vergangenen Jahren leider erheblich zugenommen.

Vor allem die Spionage von geistigem Eigentum ist riesig gewachsen.

Davor müssen wir uns besser schützen.

Aber das gilt in einem noch viel breiteren Sinne:

Stichwort „Google“.

Der Konzern hat sich unbestreitbar große Verdienste um die Zugänglichkeit von Wissen erworben.

Die Suchmaschine hat auf einfache Weise ein komplexes Informationssystem so organisiert, dass buchstäblich jeder damit umgehen kann.

Allerdings geht der Anspruch des Konzerns immer weiter: Google behauptet, „die Welt verändern zu wollen“.

Google erfasst alles digital: Jeden Straßenzug, jedes Haus.

Google hat heute bereits rund zehn Millionen Bücher gespeichert, ohne vorab die Rechte eingeholt zu haben.

Eine solche Aneignung bedroht Teile unserer Kultur.

Wichtiges Kulturgut darf nicht einem Unternehmen überlassen werden – einem Unternehmen, das am Schluss allein nach wirtschaftlichen Interessen entscheidet, wer darauf zurückgreifen darf.

Persönlichkeitsrechte dürfen nicht vom Gutdünken der Anbieter abhängen.

Es ist gut, dass die Justizminister von Bund und Ländern in der letzten Woche beschlossen haben, den Datenschutz für die Nutzung personenbezogener Daten zu verschärfen.

Also zum Beispiel für die Erfassung von Gebäuden, Straßen und Plätzen, wie Google Street View das macht.

Das ist ein wichtiger Schritt.

Weitere müssen folgen.

Wir müssen alle mitnehmen

These 2: Das Internet macht es schwieriger, die Einheit der Gesellschaft zu bewahren.

Und das, obwohl es nie einfacher war, sich Informationen anzueignen. Aber viele Menschen stehen eher ratlos vor der digitalen Wissens- und Informationsflut.

Für sie bedeutet der Umgang mit den neuen Medien eher Hürde als Chance.

Damit droht die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die mit dem neuen Wissen umgehen können und in diejenigen, die damit überfordert sind.

Die politische Herausforderung besteht darin, ein besseres Bildungssystem zu schaffen.

Eines, das jungen Menschen ermöglicht, mit der ungeheuren Fülle an gespeichertem Wissen umzugehen.

Alle Kinder und Jugendlichen müssen für die Wissensgesellschaft befähigt werden.

Und das bedeutet, die Allgemeinbildung zu stärken.

Es bedeutet, gerade die kreativen und schöpferischen Fähigkeiten zu stärken.

Denn reines Faktenwissen ist überall zugänglich.

Die Digitalisierung eröffnet also die Chance, dass Denken und Kreativität stärker entwickelt und künstlerische Talente entfaltet werden.

Was kann eine Landesregierung hier tun?

Wir müssen dafür sorgen, dass Jugendliche ein Gespür für die Qualität einer Information entwickeln.

Dafür haben wir in den vergangenen Jahren viele Akteure zusammengebracht.

Gemeinsam mit den Zeitungsverlagen starten wir im September das größte Zeitungsprojekt für Schüler bundesweit.

Die Zeitungsverlage stellen den Schülern kostenlos Exemplare ihrer Regionalzeitungen zur Verfügung

Alle neunten Klassen aller weiterführenden Schulen in unserem Land können so mit der Zeitung im Unterricht arbeiten.

Mehrere hundert Schulen haben sich bereits beworben.

Ich appelliere an alle übrigen Schulen, dies auch zu tun.

Wir müssen die digitale Dynamik wirtschaftlich stärker nutzen

Meine dritte These ist: Wir müssen die digitale Dynamik wirtschaftlich stärker nutzen.

Die Chancen dafür stehen sehr gut:

Wenn wir heute fragen: Wie hat sich unser Medienland Nordrhein-Westfalen in den letzten fünf Jahren entwickelt? Dann ist meine Antwort:

Die Branche ist mit einem Jahresumsatz von 112 Milliarden Euro führend in Deutschland.

Die Zahl der Beschäftigten in der Branche ist zwischen 2005 und 2008 um fünf Prozent gewachsen.

Wir konnten unsere Spitzenposition unter den vier führenden Fernseh-Produktionsländern festigen:

Bei uns werden so viele Fernsehminuten produziert wie in Bayern, Hamburg und Berlin zusammen.

Trotz Werbekrise.

Und schließlich haben wir ein neues Landesmediengesetz.

Es eröffnet neue Wachstumschancen.

Es garantiert den Verlagen mehr Entwicklungsmöglichkeiten.

Sie können sich stärker als bislang an lokalen und regionalen Rundfunkunternehmen beteiligen.

So haben sie es leichter, sich zu Medienhäusern weiterzuentwickeln.

Schluss

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas ansprechen, was mir wichtig ist.

Europa ist in einer Krise.

Die Frage der Demokratie stellt sich nach Lissabon neu.

Wir müssen und wir können eine europäische Öffentlichkeit schaffen.

Das Internet kann das Medium dazu werden.

Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger – schon einfach deshalb, weil Europa ein „Beitrag zu einer besseren Welt“ sein muss, wie es Jean Monnet immer gefordert hat.

Das Netz allein schafft noch keine bessere und gerechtere Welt, nur weil es Grenzen überwindet.

Wenn wir in zehn Jahren sagen können, dass das Netz dazu beigetragen hat, die Welt humaner zu machen, dann sind wir dieser Aufgabe gerecht geworden.